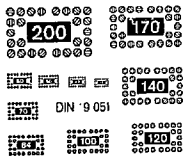

SPD

Bezirk Westliches Westfalen

Aktionsprogramm für den ländlichen Raum

C93-58

Beschluß des SPD-Bezirksparteitages
Westliches Westfalen v. 11./12. Juni 1988

Friedrich-Ebert-Stiftung Bonn Bibliothek

C93-58

Aktionsprogramm für den ländlichen Raum

Die Zukunft des ländlichen Raumes liegt vor allem in seinen eigenen Ressourcen und Fähigkeiten. Er muß sich mit und neben den großen Städten und Zentren entwickeln und behaupten, im Bewußtsein seiner besonderen Rolle als Naturreservoir und seiner Eigenständigkeit.

Es geht darum, die Lebensqualität auf dem Lande zu verbessern, wo dies nötig ist, sie zu sichern, wo sie gut ist. Und den ländlichen Raum als eigenständigen, aber doch integrierten Teil unserer modernen Industriegesellschaft zu sehen und zu entwickeln.

I. Der ländliche Raum hat Zukunft

Die SPD ist auch die Partei des ländlichen Raums. Viele Sozialdemokraten gestalten aktiv die Entwicklung der Dörfer und kleinen Städte mit. Von ihnen gehen wesentliche Initiativen zur ökologischen und wirtschaftlichen Erneuerung ländlicher Regionen aus. In Nordrhein-Westfalen hat die SPD entscheidend dazu beigetragen, daß gute und nahezu gleichwertige Lebensbedingungen für die Bürger in den ländlichen Räumen verwirklicht werden konnten.

Als besondere Leistung sind hervorzuheben:

Der Ausbau der Verkehrsinfrastruktur:

Der Ausbau der Verkehrsinfrastruktur in den ländlichen Räumen hat die Mobilität der Menschen erheblich verbessert und ihnen neue Chancen im Beruf und in der Freizeit eröffnet; das gilt für den Individualverkehr, aber auch im Bereich des öffentlichen Personennahverkehrs durch die Bildung der regionalen Verkehrsgesellschaften.

Der Ausbau der sozialen Infrastruktur:

Durch Förderung von Einrichtungen der Weiterbildung, Kindergärten, Sozialstationen und Beratungseinrichtungen ist auch im ländlichen Raum ein dichtes Netz sozialer Infrastruktur aufgebaut worden.

Der Ausbau einer qualifizierten Bildungsinfrastruktur:

Das Schulwesen ist durch Sozialdemokraten systematisch weiterentwickelt worden. Bildungsbenachteiligung, unter der die Jugend im ländlichen Raum vor 20 Jahren noch zu leiden hatte, ist abgebaut; in zumutbarer Entfernung können alle gewünschten Bildungsabschlüsse erzielt werden, das Schulwesen ist differenziert, das Berufsschulwesen auf einem modernen Stand.

Die Städtebauförderung/Dorferneuerung:

Eine gezielte Städtebauförderungs- und Dorferneuerungspolitik hat an vielen Stellen übertriebene Eingriffe und ortsfremde Umgestaltung verhindern verhindern, aber doch eine zeitgemäße Modernisierung ermöglichen können. Die Gemeinden des ländlichen Raumes in Nordrhein-Westfalen schneiden im Vergleich mit denen in benachbarten Bundesländern gut ab.

Die Leistungen für die Landwirtschaft:

Große Anstrengungen sind zur Verbesserung der Agrarstruktur und zur Ökologisierung der Landwirtschaft unternommen worden.

II. Der ländliche Raum hat auch Probleme

Diese bisherigen Leistungen dürfen nicht den Blick verstellen für Probleme und Konflikte in den ländlichen Räumen:

Trotz erheblicher Wanderungsverluste ist die Bevölkerungszahl infolge der lange Zeit überdurchschnittlichen Geburtenrate relativ stabil geblieben.

Es ist aber schon abzusehen, daß die Kombination von fallender Geburtenrate, Wegzug der aktiven Generation und

Zuzug älterer Bürger die Bevölkerungsstruktur erheblich verändert und den Regionen Dynamik und innovative Impulse nimmt.

Die Erwerbsquote ist unterdurchschnittlich. Es gibt wen: ;er Frauen-Arbeitsplätze, Löhne und Gehälter sind ohnehin niedriger und so liegen insgesamt die Familieneinkommen weit unter denen in Ballungszentren und unter dem Landesmittel.

Patente werden hier viel seltener als in den Zentren entwickelt. Das ist nur der Ausdruck der Defizite bei Innovation, Forschung und Entwicklung. Alte Produktstandards geraten aber leicht unter Wettbewerbsdruck durch ausländische Hersteller und die Arbeitsplätze geraten in Gefahr.

Fremdenverkehr und Tourismus sind nur für besonders prädestinierte Dörfer und Städtchen ein wichtiger oder gar dominierender Wirtschaftszweig und eine sichere Einkommensquelle. Insgesamt trägt der Fremdenverkehr weniger als 10% zum Bruttoinlandsprodukt der ländlichen Räume bei.

Arbeitnehmerrechte lassen sich in den ganz überwiegend kleinen Unternehmen des ländlichen Raumes nur schwer organisieren. Die meisten Betriebe haben noch keinen Betriebsrat.

Die Poststellen wurden reduziert und mit der Trennung der Postdienste droht eine weitere Service-Einschränkung.

Moderne Kommunikationstechniken stehen erst zuletzt im ländlichen Raum zur Verfügung. Die Zusage für eine flächendeckende Verkabelung ist längst zurückgezogen. Für den privaten Bereich sehen darin nicht alle ein Unglück. Aber auch die Standortqualität für Unternehmen ist in hohem Maße abhängig von konkurrenzfähigen Kommunikationsbedingungen.

Kinderhorte sind selten, ein Grund mehr für junge Mütter, aus dem Erwerbsleben ausscheiden zu müssen.

Ausbildungsplatzangebote in den zukunftsträchtigen Berufen sind seltener als anderswo. Berufsschulen haben hier eine wichtige Funktion auch als Vollzeitausbilder übernommen. Viele ihrer erfolgreichen Absolventen finden anschließend allerdings keine berufliche Perspektive vor Ort und ziehen weg.

Die Versorgung mit Altenwohnungen, Altenheimen und Altenpflegestätten entspricht nicht dem zukünftigen Bedarf. Mit dem Wandel in der Bevölkerungsstruktur verschärfen sich deshalb die Probleme für die alten Mitbürgerinnen und Mitbürger. Mobile Hilfsdienste sind verdienstvoll aktiv, aber am Rande der Leistungsfähigkeit.

Die kulturelle Entwicklung auf dem Lande befindet sich im Umbruch. Neben den traditionellen Ausdrucksformen, wie die Arbeit zum Beispiel der Musik-, Gesangsund Schützenvereine,treten neue Ansätze gemeinwesenbezogener Kulturarbeit. Häufig fehlt eine aktive Kulturpolitik auf dem Lande, die neue Entwicklungen stützt und dazu beiträgt, das kulturelle Gefälle zwischen den gro□en Städten und ländlichen Regionen abzubauen.

Die europäische und nationale Agrarpolitik sind gescheitert. Sie führen zu teurer Überproduktion, zu massiver Ausbeutung der Böden und der Landschaft, zur Belastung der Gewässer und zur Industrialisierung der Landwirtschaft mit den katastrophalen Folgen für den bäuerlichen Familienbetrieb, insbesondere - aber nicht nur - in den Regionen mit Grenzertragsböden. Alte bäuerliche Betriebe leben von der Substanz, junge Landwirte sehen keine Überlebenschance und wenden sich anderen Berufen, oft auch anderen Regionen zu. Neben den damit verbundenen sozialen Problemen hat diese Entwicklung auch schwerwiegende Folgen für die ökologische Tragfähigkeit der Landschaft.

Das Waldsterben hat alle tief erschreckt, ist aber trotzdem als schleichende Gefahr weitgehend verdrängt worden. Es bringt für die waldreichen Gebiete einen hohen materiellen und Imageverlust mit sich.

Die Gewässer sind durch Gülle und Düngereintrag, durch reduzierte Reinigungskraft des Waldes, aber auch durch Verschmutzung durch Anlieger gefährdet.

Die Tiefflugschneisen für militärische Flugübungen deutscher und ausländischer Einheiten liegen ausschließlich in ländlichen Räumen und die aggressive Tiefflugpraxis führt zu extremen Belastungen der Bewohner und verschreckt Urlauber.

III. DER POLITISCHE AUFTRAG

1. Regionale und lokale Wirtschafts. olitik

Die regionale und lokale Wirtschaftspolitik im ländlichen Raum muß vor allem bei den bestehenden Strukturen und bei kleinen und mittleren Betrieben ansetzen.

Wir Sozialdemokraten fordern daher:

Gründung regionaler Entwicklungsgesellschaften, die sich über die allgemeine Wirtschaftsförderung hinaus als Service für das produzierende Gewerbe, um die Organisation von Technologietransfe und für fortbildungsinteressierte Arbeitnehmer um zukunftsorientierte berufliche Qualifikation bemühen.

Abbau von Informationsdefiziten durch Technologietransfer-Einrichtungen auf dem Lande, die möglichst mit benachbarten Hochschuleinrichtungen zusammenarbeiten.

Öffnung des Zugangs zu Markt- und Produktdaten durch unmittelbaren Zugang zu den wichtigsten Datenbanken mit Hilfe der Einrichtung der Kammern und der Wirtschaftsförderung im ländlichen Raum.

Ausbau der öffentlichen Dienstleistungen insbesondere auf den Gebieten der Sozialarbeit, der Jugendarbeit, der Altenarbeit, des Umweltschutzes und der Wirtschaftsberatung, zum Teil auch durch Umstrukturierung der bisherigen Aufgaben Wahrnehmung der öffentlichen Verwaltung.

Förderung des Ausbaus privater wirtschaftsnaher Dienstleistungsangebote, z.B. beratende Ingenieure, Patentanwälte, Werbeagenturen u.ä.

Umsetzung eines Bundesprogramms "Arbeit-Umwelt-Investitionen", das private und öffentliche Hände in den Stand versetzt, brachliegende dringende Aufgaben anzufassen und insgesamt ökologische Erneuerung auch auf dem Lande voranzutreiben.

Steuerbegünstigung der Reinvestition von Gewinnen kleiner und mittlerer Unternehmen zur Förderung eines technisch-betriebswirtschaftlichen Erneuerungsprozesses.

Stärkung des Engagements des Kreditgewerbes (Sparkassen, Volksbanken) auf dem Lande bei der Erneuerung ländlicher Wirtschaftsstrukturen.

Unterstützung von Beschäftigten- und Arbeitsloseninitiativen mit dem Ziel, Arbeitsplätze zu erhalten und zu schaffen. Neue Gesellschaftsformen für solche Betriebe sind zu prüfen. Der Aufbau von Genossenschaften muß durch Land und Kommunen unterstützt werden.

Die Schaffung von Frauen-Arbeitsplätzen im ländlichen Raum im Rahmen der regionalen Wirtschaftsförderung sowie durch ein gezieltes Arbeitsplatzförderprogramm für Frauen als Programm des Landes und des Bundes.

Einrichtung oder Weiterführung von Ausbildungsverbänden mit dem Ziel, eine hochqualifizierte, außerbetriebliche Berufsausbildung in Ergänzung zur betrieblichen Ausbildung anzubieten. Zugleich Umwidmungen von Überkapazitäten im Berufsschulbereich für ein breit angelegtes berufliches Weiterbildungsangebot, auch um so Arbeitslosen den Wiedereinstieg in das Berufsleben zu erleichtern.

Standortgerechte und flächendeckende Extensivierung der landwirtschaftlichen Produktion, um die Agrarüberproduktion abzubauen und die verbleibende Produktion umwelt- und sozialverträglich zu gestalten.

Neuordnung des Fremdenverkehrs durch ein Rahmenkonzept des Landes sowie Förderung regionaler Fremdenverkehrskonzepte und Aufbau eines effizienten Marketings für die oft verzettelt auftretende Fremdenverkehrswirtschaft.

Förderung regionaler Wirtschaftsentwicklungskonzepte der Kreise im ländlichen Raum durch die Landesregierung.

2. Umweltverträgliche Landwirtschaftspolitik

Die für das Gleichgewicht der Naturhaushalte bedeutsame bäuerliche Kulturlandschaft in den ländlichen Räumen muß erhalten oder wiederhergestellt werden. Voraussetzung dafür ist eine tiefgreifende Reform der europäischen Landwirtschaftspolitik. Sie muß die Existenz kleiner und mittlerer bäuerlicher Familienbetriebe sichern und eine flächendeckende und standortgerechte Extensivierung der landwirtschaftlichen Produktion ermöglichen.

Wir Sozialdemokraten fordern:

- Abbau der landwirtschaftlichen Überschußproduktion in allen EG-Ländern und Umschichtung der Agrarausgaben zugunsten einer sozial- und umweltverträglichen Agrarpolitik.

- Einschränkung bzw. Verbot des Einsatzes von chemischen Hilfsmitteln im Rahmen einer möglichst flächendeckenden Extensivierung der landwirtschaftlichen Erzeugung.

- Leistungen der Landwirte besonders auf dem Gebiet des Natur- und Landschaftsschutzes für die gesamte Gesellschaft sollen auch von dieser Gesellschaft finanziell angemessen entgolten werden.

- Die Landesregierung NW wird aufgefordert, die nach EG-Recht einzuführende Flächenstillegung so auszugestalten, daß die Belange des Natur- und Umweltschutzes berücksichtigt und ländliche Siedlungsstrukturen, insbesondere in den benachteiligten Gebieten, erhalten bleiben.

3. Zukunftsorientierte Infrastrukturpolitik

Eine verbesserte Infrastruktur ist unverzichtbare Voraussetzung für eine attraktive Standortqualität und für eine angemessene Wohnqualität der ländlichen Räume. Dazu gehört auch die "soziale Infrastruktur".

Wir Sozialdemokraten fordern daher:

Beschleunigter Ausbau von Informations- und Kommunikationsnetzen der Deutschen Bundespost im ländlichen Raum, um ein noch stärkeres Auseinanderfallen der Entwicklungsbedingungen zwischen Wirtschaftszentren und ländlichen Räumen zu verhindern.

Straßenneubau, vor allem als Entlastung von Innerortslagen, aber nur noch geringfügig als Netzergänzung. Stärkung des öffentlichen Personennahverkehrs und des öffentlichen Güterverkehrs. Das Netz der Deutschen Bundesbahn soll auch in der Fläche soweit wie möglich erhalten bleiben. Dichtere Fahrtenfolge und verbesserte Geschwindigkeiten sind hierbei Voraussetzung, wie auch eine geordnete Kooperation zwischen Bahnverkehr und Busverkehr im Sinne eines Zubringerdienstes im Zeittakt. Sollte die Deutsche Bundesbahn den Rückzug aus der Fläche nicht stoppen, müssen die regionalen Verkehrsgesellschaften mit Unterstützung des Landes und durch Umlenkung von Mitteln aus dem Kraftfahrzeugsteuerverbund Teilstrecken übernehmen und in ihr Netz integrieren. Die Einführung einer Entfernungspauschale für die steuerliche Behandlung von Fahrten zwischen Wohnungs- und Arbeitsplatz soll das Umsteigen auf den ÖPNV erleichtern.

Stärkung der Rolle der Kommunen bei der örtlichen und regionalen Energieversorgung auf der Grundlage kommunaler und regionaler Energieversorgungskonzepte. Die Versorgungsleistungen, vor allem das Stromnetz, sollen als öffentliche Infrastruktur jedem Einspeiser zu vernünftigen Bedingungen zur Verfügung stehen. Die Nutzung regenerativer Energiequellen soll besonders unterstützt werden.

Ergänzung des Systems der großräumigen Wasserversorgung durch dezentrale Elemente: Kleinräumige Vorkommen sollen für die künftige Versorgung reaktiviert werden. Kommunale Verbundnetze sollen einen zusätzlichen Beitrag für die notwendige Versorgungssicherheit leisten.

Beschleunigung der Erfassung, Verbesserung der Kontrolle auch von Abwasser-Kleineinleitern, um die Qualität des Fließgewässers anzuheben.

Die Betreuung und Pflege insbesondere alleinstehender alter Menschen muß verbessert werden. Dazu eignen sich bestehende Dienste, die erforderlichenfalls ausgebaut werden müssen. Dazu gehört auch, rechtzeitig den Bau altengerechter Wohnungen und ortsnaher Altenpflegestätten zu betreiben. Ziel muß es sein, die älter werdenden Menschen möglichst lange selbständig und selbstverantwortlich in ihren Wohnungen zu belassen, ihnen aber dort oder in separaten Heimen Hilfe zu garantieren, wenn sie darauf angewiesen sind und dies wünschen.

4. Dorf- und Stadterneuerung

Die Politik des Landes Nordrhein-Westfalen hat der Kahlschlagsanierung von Dörfern und Ortskernen durch grundlegende Änderung ihrer Städtebauförderungs- und Dorferneuerungspolitik ein Ende bereitet. Sie unterstützt heute die Pflege gewachsener Stadtbilder, den Denkmalschutz sowie den Charakter von Innerortsbereichen als Kommunikations- und Begegnungsorte. Die Politik der Verkehrsberuhigung auch auf dem Lande unterstützt diese Zielrichtung. Die Stadt- und Dorferneuerungspolitik wird weiterhin ein Schwerpunkt für eine zukunftsorientierte Politik im ländlichen Raum sein.

Wir Sozialdemokraten fordern daher:

Die Mittel der Stadt- und Dorferneuerung müssen weiter zur Verfügung stehen, um begonnenen und weiterhin erforderliche Maßnahmen der behutsamen Erneuerung finanzieren zu können. Der Bund darf sich nicht aus seiner Mitverantwortung zurückziehen.

5. Kultur und Freizeit auf dem Lande

Die eigenständigen kulturellen Ausdrucksformen der ländlichen Räume haben lange Traditionen, brauchen aber auch neue Impulse. Vielfältige und bunte Ansätze sind erkennbar. Sie beziehen sich oft auf die Wiederentdeckung der Lokalgeschichte, die Pflege des Ortsbildes, das Engagement von Selbsthilfegruppen, das Aufleben einer neuen Jugendkultur, auch in Dörfern und Kleinstädten.

Wir Sozialdemokraten fordern:

Anstoß zu einer Kulturkampagne für den ländlichen Raum, beginnend mit Modellversuchen. Diese Modelle sollen aufbauen auf bewährten Einrichtungen und sich orientieren an den besonderen Bedingungen der Dörfer, sie sollen aber auch Raum schaffen für neue Wege der Kulturarbeit. Dabei ist zusammenzuarbeiten mit den Schulen, den Weiterbildungseinrichtungen, Vereinen und freien Gruppen.

6. Vorausschauende Umweltpolitik

Im Gegensatz zu landläufigen Vorstellungen ist die Umwelt auf dem Lande keineswegs heil. Die Intensivierung der Landwirtschaft, schneisenartige Eingriffe durch Infrastrukturtrassen, Zersiedlung durch ausufernde Ortschaften haben dem ländlichen Naturhaushalt schweren Schaden zugefügt. Ursprüngliche und natürliche Zustände können nicht wiederhergestellt werden, aber eine ausgeglichene Kulturlandschaft, in der sich menschliche Nutzungsansprüche und ökologische Kreisläufe miteinander vertragen, bleibt möglich und erstrebenswert.

Wir Sozialdemokraten fordern deshalb:

Flächendeckende Extensivierung von landwirtschaftlichen Produktionen im Interesse gesunder Ernährung, des Bodens, des Grundwassers und des Artenschutzes; weitere Begrenzung bzw. Verbot des Einsatzes chemischer Hilfsmittel in der Landwirtschaft.

Beschleunigte Aufstellung von Landschaftsplänen, die zukunftsorientierte Umweltqualitätsziele benennen und daraus Erhaltungs- und Entwicklungsmaßnahmen ableiten und nicht nur den Status quo festschreiben.

Renaturierung von Fließgewässern; Ausweisung möglichst breiter Uferrandstreifen.

Unterschutzstellung auch kleinräumiger Grundwasservorkommen als Zukunftsreserven für die Trinkwasserversorgung.

Erhalt von groß- und kleinräumigen Waldgebieten sowie des natürlichen Altersaufbaus von Mischwäldern; verstärkte standortgerechte Wiederaufforstung, besonders mit Mischwaldbesatz im Rahmen eines Aufforstungsplanes.

Entwicklung einer modernen Abfallwirtschaft, unter besonderer Berücksichtigung der Möglichkeiten von Kompostierung und umweltverträglicher thermischer Verwertung. Dabei ist auch Zusammenarbeit über Gebietskörperschaft hinaus erforderlich.

Anwendung der Umweltverträglichkeitsprüfung für alle öffentlichen und privaten Projekte, die erhebliche Auswirkungen auf die Umwelt haben.

Änderung des Abgrabungsgesetzes dahingehend, daß unter regionalen, ökologischen und strukturpolitischen Gesichtspunkten Abgrabungsvorhaben zugelassen, zusammengefaßt oder abgelehnt werden können.

Gesetzliche Regelungen für die Anwendung gentechnisch manipulierter Pflanzen. Destabilisierende Wirkungen auf den Naturkreislauf müssen nach wissenschaftlichen Überprüfungen ausgeschlossen sein. Die Forschung muß sich über mehrere Generationen erstrecken.

IV. In der Verantwortung

Bund und Land müssen mit einer Politik der ökologischen und ökonomischen Erneuerung unserer Industriegesellschaft die Rahmenbedingungen auch für die gute Zukunft der ländlichen Räume sichern. Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, der Schutz unserer Umwelt und die Sicherung unseres Sozialstaates müssen dabei erstrangige Ziele sein.

EG, Bund und Land müssen mit ihrer Politik auch die besonderen Probleme der ländlichen Räume beachten und die Sicherung weitgehend gleichwertiger Lebensbedingungen garantieren.

In den ländlichen Räumen selbst muß durch eine enge Verzahnung der Regionalplanung und Regionalpolitik und durch andere öffentliche und private Initiativen und durch Bündelung der Kräfte - auch durch Entwicklungsgesellschaften - ein neuer Anstoß gegeben werden.

Die Regionalplanung und praktische Regionalpolitik für den ländlichen Raum stellen an Sozialdemokraten neue höhere Anforderungen:

- Schwierige strukturelle Entwicklungen der Zukunft sind soweit wie möglich offenzulegen und durch eine regelmäßige Strukturberichterstattung zu ergänzen.
- Der gewünschte Besatz an Einrichtungen, die der Innovationsförderung und dem Wissenstransfer dienen, sind auszuweisen.
- Es sind künftig nicht nur Trassen für geplante Infrastruktur auszuweisen, sondern auch ihr Zweck sowie die Bedingungen ihrer umwelt- und sozialverträglichen Verwirklichung.
- Die Funktion der Gebietsentwicklungspläne als Landschaftsrahmenpläne müssen im Sinne einer Umweltgüteplanung, die wiederum den Orientierungsrahmen für die Prüfung der Umweltverträglichkeit von einzelnen Maßnahmen darstellt, ausgebaut werden.
- Es sind Ziele für die gewünschte Umweltgüte, wie auch Höchstgrenzen der jeweiligen Umweltbelastung, z.B. durch die Landwirtschaft, in Regionalplänen auszuweisen.

Die Phantasie der betroffenen Regionen zur Lösung ihrer Probleme und Ausgestaltung ihrer Lebensbedingungen sollte nachdrücklich gefördert werden. Analog der Mobilisierung der Vorschläge für das ZIM-Programm sollen die gesellschaftlichen Gruppen und Gebietskörperschaften künftig aufgefordert werden, mittelfristige Maßnahmenkataloge vorzulegen, die auch quer zu den gängigen Förderprogrammen liegen. Auf der Ebene der Region sollte eine stärkere Entscheidungskompetenz für die Förderung der vorgeschlagenen Maßnahmen angesiedelt werden.

Es geht nicht darum, soziale und wirtschaftliche Prozesse staatlich vorzugeben, sondern Programme für die öffentlichen Maßnahmen langfristig anzulegen, die wiederum Rahmenbedingungen für wirtschaftliches Handeln und soziale Prozesse bilden können.